

Die Feier am ParlamentGemeinsame Sitzung von Nationalrat und Bundesrat

An historischer Stätte und in dem nun schon traditionellen Rahmen traten heute vormittag die höchsten Repräsentanten des österreichischen Volkes zum Gedenken des zwanzigsten Wiederkehr des Gründungstages der Zweiten Republik im Grossen Sitzungssaal des Parlaments zusammen. An der Stirnseite des Saales prangte wieder die rot-weiss-rote Staatsflagge mit dem Bundeswappen, die Präsidentenestrade mit der Regierungsbank waren mit Blattgrün geschmückt.

Die Abgeordneten zum Nationalrat und die Mitglieder des Bundesrates hatten ihre Plätze in den vorderen Reihen des ehemaligen Abgeordnetensitzungssaales eingenommen, die Bundesminister und Staatssekretäre ihre Plätze auf der Regierungsbank bezogen. In den übrigen Bankreihen des weiten Halbrunds hatten die Landeshauptleute, die Präsidenten des Rechnungshofes und der Höchstgerichte, die Landtagspräsidenten, Mitglieder der Landesregierungen und Abgeordnete der Landtage von Wien und Niederösterreich, Rektoren von Hochschulen sowie die hohe Beamenschaft der staatlichen Zentralstellen Platz genommen.

In den Logen der ersten Galerie hatten sich die Angehörigen des Diplomatischen Corps mit dem Päpstlichen Nuntius Monsignore R o s s i , hohe kirchliche Würdenträger - an der Spitze Kardinal Erzbischof Dr. K ö n i g , der evangelische Bischof Dr. M a y und der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien Dr. F e l d s b e r g - sowie weitere geladene Ehrengäste der Bundesregierung eingefunden. Die Journalistenlogen waren mit den Vertretern der in- und ausländischen Presse, ebenso wie die zweite Galerie voll besetzt.

Zehn Minuten vor Sitzungsbeginn fährt der die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler Dr. K l a u s , begleitet von Kabinettsdirektor Dr. T r e s c h e r , auf der Rampe vor dem Parlament vor. Er wird dort von Parlamentsdirektor Dr. R o s i c z k y empfangen und durch die Säulenhalle des Parlaments in den grossen Empfangssalon geführt, wo sich zu seiner Begrüssung Nationalratspräsident Dr. M a l e t a , die Präsidenten Dipl.-Ing. W a l d b r u n n e r und W a l l i n e r , die Vorsitzende des Bundesrates Helene T s c h i t s c h k o und die Vorsitzenden-Stellvertreter E c k e r t und S k r i t e k sowie Vizekanzler Dr. P i t t e r - m a n n eingefunden haben.

Punkt 10 Uhr betritt Bundeskanzler Dr. Klaus in seiner Eigenschaft als amtierendes Staatsoberhaupt, geleitet vom Präsidenten des Nationalrates und der Vorsitzenden des Bundesrates, und der Vizekanzler in Begleitung des Zweiten und Dritten Präsidenten des Nationalrates sowie der Vorsitzenden-Stellvertreter des Bundesrates unter den Klängen einer vom Wiener Trompeterchor vorgetragenen Brückner-Fanfare den Saal. Die Festversammlung hat sich erhoben.

Hierauf nehmen der Bundeskanzler und der Vizekanzler auf der Ministerbank, die Präsidien der beiden Häuser der Volksvertretung auf der Präsidentenstraße ihre Plätze ein. Ihnen zur Seite hatte Parlamentsdirektor Dr. Rossicky Platz genommen.

Nationalratspräsident Dr. Mäleta übernimmt den Vorsitz in der Festsitzung der beiden Häuser der Volksvertretung.

Präsident Dr. Mäleta: Die gemeinsame Festsitzung der Abgeordneten zum Nationalrat und der Mitglieder des Bundesrates ist eröffnet.

Ich begrüsse zunächst herzlich den mit den Funktionen des Bundespräsidenten betrauten Herrn Bundeskanzler (allgemeiner Beifall), sodann die Bundesregierung, an ihrer Spitze Herrn Vizekanzler Dr. Pittermann (neuerlicher allgemeiner Beifall).

Mein Willkommgruss gilt ferner Ihnen allen, meine Damen und Herren, insbesondere den ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung und den ehemaligen Mitgliedern des Nationalrates und des Bundesrates, die unserer heutigen festlichen Sitzung beiwohnen. (Beifall.)

Nationalratspräsident Dr. Mäleta hält hierauf die Festrede. (Wir veröffentlichen seine Ausführungen auf den Bogen A - G unserer heutigen Ausgabe.)

Nach der Festrede spielte der Wiener Trompeterchor die Bundeshymne.

Die Festsitzung wurde um 10 Uhr 30 Minuten geschlossen.

Die Festrede des Nationalratspräsidenten

Heute vor 20 Jahren schlug die Geburtsstunde der Zweiten Republik. Dieses Tages zu gedenken, sind wir hier versammelt, denn an ihm erwies sich, dass in der tausendjährigen Geschichte Österreichs der Verlust unserer staatlichen Existenz in dem für tausend Jahre geplanten Dritten Reich nur eine kurze geschichtliche Episode war. Dem Festredner aber bieten sich für die Gestaltung seiner Rede viele Möglichkeiten. Er könnte eine Aufzählung historischer Ereignisse versuchen, die jedoch hinlänglich bekannt sind. Er könnte für die allzu Vergesslichen eine Fülle grossartiger Leistungen von Regierung und Parlament aufzählen, die den Weg Österreichs aus dem totalen Chaos des Jahres 1945 bis zur heutigen Feierstunde eindrucksvoll markieren. Allerdings: einige entscheidende Tatsachen werden in Erinnerung zu rufen sein, weil sie nicht in Vergessenheit geraten dürfen. Aber eigentlich möchte ich alle jene Kritiker bewusst enttäuschen, die anlässlich der bevorstehenden Jubiläumsfeiern eine öde Selbstbeweihräucherung der Politiker voreilig prophezeiten. Meine Rede wird deshalb eine politische Analyse sein - nötig gerade jetzt, angesichts der jüngsten Ereignisse, bei denen ein Todesopfer zu beklagen war -, eine Auseinandersetzung mit dem sogenannten Unbehagen an unserer Innenpolitik, von dem so viel geschrieben wird, sowie dem angeblich Unbewältigten aus unserer Vergangenheit; denn tatsächlich, was nützten uns auf die Dauer sozial- und wirtschaftspolitische Erfolge, wenn der ganze glänzende materielle Überbau auf einem brüchigen Fundament ruhen würde!

Wir müssen den üblen Dunst von Schlagworten entnebeln, zu Unrecht verschobene Gewichte rückverschieben, um echte Perspektiven zu gewinnen. Welches Forum wäre hiezu geeigneter als das Parlament? Erwarten Sie daher keine ölglatte Festtagsrede, sondern eine Rede, die das ausspricht, was im gemeinsamen Staatsinteresse ausgesprochen werden muss. Eine solche Analyse erfordert den Mut zur Selbstkritik. Wir Abgeordnete wollen diese üben, weil wir uns mitschuldig fühlen an manchen Versäumnissen der Vergangenheit; wir üben sie aber auch deshalb, weil Selbstkritik diesem Hohen Hause die moralische Autorität zur Kritik an anderen gibt, die ebenso wenig verschwiegen werden darf. Den nicht nur Politiker und Parteien haben meinungsformende Kraft, erzeugen oder entkräften das öffentliche Unbehagen an der Politik, sind mitverantwortlich für die Bewältigung der Vergangenheit, sondern auch die modernen Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen; sie alle, wir alle, können Hochstimmung und Mißstimmung des Volkes, vor allem der unerfahrenen Jugend, hinauf- und hinunterspielen, ein staatliches Fundament zersetzen oder festigen. Die Freiheit des Wortes verlangt nun

einmal die Zensur durch das eigene Gewissen. Gerade ein mutiges Bekenntnis wird aber auch die Erfolge der letzten 20 Jahre noch viel eindrucksvoller als echte Erfolge und nicht als Potemkinsche Dörfer sichtbar werden lassen.

Nun zu den Fakten, die nie vergessen werden dürfen! Am 27. April 1945 hatten die Vorstände der politischen Parteien den staatsgründenden Akt gesetzt, ohne Gesetz und Auftrag, denn noch gab es keinen Staat, in dessen Rechtsordnung eine Gesetzwerdung juristisch vorgesehen war. Dies war nur möglich, weil die heute viel gelästerten politischen Parteien nicht neben dem Volk agierten, gleichsam als Schauspieler auf einer Bühne vor einem satten, uninteressierten Zuschauerraum, sondern weil sie selbst identisch waren und sind mit den tragenden traditionellen politischen Kräften dieses Landes. Politische Tarockpartien können vielleicht geistreich kritisieren, aber nicht aus dem Chaos einen Staat begründen.

Es waren Männer der christlichen Demokratie und der sozialistischen Bewegung, die als überzeugte Österreicher mit einer unbändigen Entschlossenheit, mit persönlichem Mut und Idealismus dieses Land und sein Volk aus dem furchtbaren Hitler-Erbe erretteten und in unsere glücklichere Gegenwart führten; Männer, deren Namen wir alle kennen, die wohl immer weniger wurden, deren Geist aber nicht mit ihrem leiblichen Tod erloschen darf, sondern für uns alle ein verpflichtendes Erbe bleibt; ein Erbe, nicht Inhalt für Festtagsphrasen, sondern Richtschnur für unsere politischen Aktivitäten. Diese Männer kamen fast ausschliesslich aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen. Ohne sie wäre die Wiedererrichtung des Staates unmöglich gewesen, denn sie allein wurden von den misstrauischen Besatzungsmächten zögernd akzeptiert. Wir alle erinnern uns des inneren Zornes, mit dem wir dutzende Fragebögen mit hunderten Fragen ausfüllten, um zu beweisen, dass wir weder verkappte Nationalsozialisten, Faschisten und Reaktionäre, noch verkappte Kommunisten seien. Viel Diplomatie, Klugheit, Fingerspitzengefühl erforderte dieses Wandeln zwischen Scylla und Charybdis.

Diese Männer sicherten Österreich als einzigm Staate auf der Welt, der von West und Ost besetzt war, seine Einheit, die mehr als fragwürdig war; sie erkämpften die Freiheit für Volk und Vaterland, die bedroht war; sie erarbeiteten die Lebensfähigkeit dieses Staates, die damals von Verzweifelten und Kleingläubigen angezweifelt wurde; sie erwirkten einen Wohlstand, der damals nie erträumt wurde; sie erlangten für Österreich ein internationales Ansehen in der Welt, das die geschundene, gequälte, verfolgte, verspottete, in sich zerrissene Erste Republik nie besass. Diese Männer führten die

Arbeiterschaft zur Mitverantwortung in diesem Staat und schenkten ihr das Gefühl der Gleichberechtigung und des Mitbestimmens; sie verwandelten hierdurch die sich bekämpfenden Klassen in Sozialpartner, die nicht auf der Strasse, sondern am Verhandlungstisch verantwortungsbewusst über die Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstandes und die Aufteilung des Sozialprodukts verhandeln. Diese Männer gaben Österreich den kulturpolitischen Frieden, der in der Ersten Republik noch völlig unvorstellbar war. Das alles müssten Geschichtsprofessoren wissen und die Jugend lehren.

Wir aber lassen uns das Haus, das wir gebaut haben, nicht in Brand stecken, weder von Irregeleiteten noch von Saboteuren, deren vielleicht einzige Entschuldigung ihre grenzenlose Unwissenheit und Dummheit ist; aber auch nicht von wohlmeinenden Verteidigern der Demokratie, wenn sie in ihrer berechtigten Erregung in der Auswahl ihrer Mittel zur Verteidigung der Freiheit gefährliche Auswirkungen des einen oder anderen Mittels nicht überprüfen sollten; und am wenigsten von Ratten, die aus den Kanälen steigen in der Hoffnung, dass in einer radikalsierten Innenpolitik eine Rechnung aufgeht, die durch 20 Jahre nicht aufgegangen ist. Daher kann es keine Freiheit zur Beseitigung der Freiheit geben; das sind die Lehren der Ersten Republik.

Ich möchte dies heute im Namen von Millionen Österreichern sagen, die in den Werkstätten, Fabrikshallen, auf den Äckern, in Gelehrtenstuben und Büros arbeiten oder bereits als Rentner und Pensionisten ihren wohlverdienten friedlichen Lebensabend geniessen; im Namen des ganzen Volkes, das nicht will, dass durch einige Hunderte auf den Strassen Krawallierender der geradezu groteske Eindruck in der Welt entsteht, als ob sich unser friedliebendes Volk in einer beginnenden Bürgerkriegspsychose gegenüberstünde. Das einfache Volk weiss, dass Bruderzwist zur Gefährdung der Einheit, Verlust der Freiheit, Absinken des Lebensstandards, Gefährdung des internationalen Ansehens führen würde.

Wie lassen sich nun angesichts aller dieser eindrucksvollen Tatsachen die jüngsten Ereignisse erklären? Denn offensichtlich sind doch emotionelle Kräfte aufgebrochen, die unter der Oberfläche schwelten. Hat Österreich tatsächlich durch das Versagen von Regierung und Parlament, wie manche Kritiker behaupten, seine Vergangenheit nicht bewältigt?

Hohes Haus! Unsere Vergangenheit ist weder bewältigt noch unbewältigt; aber wenn sie nicht in überwiegendem Ausmaße bewältigt wäre, sässen wir heute nicht friedlich hier in dieser Feierstunde. Geschichtliche Epochen enden und beginnen nicht mit einem fixen Kalenderdatum, vor dem etwas zur Gänze unbewältigt und ab dem etwas zur Gänze bewältigt ist. Historische

Prozesse fliessen in Übergängen, und daher kann es niemals eine Schlussbilanz, sondern immer nur Zwischenbilanzen geben. Aber diese zeigen, inwieweit eine Vergangenheit bewältigt ist, und ermöglichen somit Korrekturen des politischen Verhaltens, damit der Rest des Unbewältigten - und nur um einen solchen handelt es sich in Österreich - bewältigt werden kann.

Sicherlich können jederzeit, wie ich vor vielen Jahren in einer Grundsatzrede prophezeite, emotionelle Kräfte wirksam werden. Aber das ist doch keine österreichische Spezialität, sondern eine Schicksalslast der Gegenwart, in der Staaten und Staatsformen, gesellschaftspolitische Leitbilder, soziale Denkweisen und Ideologien ständig in Umformung begriffen sind. Nicht nur wir Österreicher besitzen daher jeder irgendeine politische Vergangenheit, sondern auch in anderen Staaten der freien Welt haben die Staatsbürger verschiedene politische Vergangenheiten; und somit haben auch diese Staaten ihre unbewältigten Probleme, sogar ihre Bomben, Gross-Streiks und Attentate. Sicherlich, es gab bei uns ein Fußach; aber gab es nicht in der seit Jahrhunderten gereiften Schweizer Demokratie im Jura turbulente Ereignisse, die vorher unvorstellbar schienen? Aber würde deshalb irgendwer behaupten, dass die Schweizer Demokratie gefährdet sei? Sicherlich, bei uns gab es, erstmals nach fast 20 Jahren, Streiks; aber gab und gibt es nicht in anderen Staaten Streikunruhen von weitaus gröserer Zeitdauer und Ausmassen? Kann daher jemand behaupten, dass in Österreich der soziale Friede ernsthaft gefährdet sei? Sicherlich, bei uns zeigen sich Spuren einer neonazistischen Betätigung; aber spricht jemand in anderen Staaten von einer neofaschistischen Gefahr, obwohl dort sogar dem Programme nach neofaschistische Parteien existieren, mit Sitz im Parlament, während in Österreich eine echte neofaschistische Partei kaum irgendwo ein kümmerliches Gemeinderatsmandat erobern könnte?

Damit möchte ich keinesfalls die Ereignisse, die sich rings um den Fall Barodajkewycz abspielten, bagatellisieren. Es liegen in ihm nicht ungefährliche Ansatzpunkte, aber nur dann, wenn die beiden Grossparteien Fehler machen würden. Der erste und grösste dieser Fehler wäre eine Fehlbeurteilung der Wirklichkeit. Die Menschen, die vor 1938 dem national-liberalen, später nationalsozialistischen Lager angehörten, bilden heute keine organisatorische, geschweige denn politisch-ideologische Einheit. Die meisten von ihnen haben einen neuen geistigen und politischen Standort gefunden, eine neue wirtschaftliche und soziale Position. Auch sie wollen keine neonazistischen Abenteuer und haben ein Interesse an einem klaren

Trennungsstrich, Identifizieren wir daher nicht alles, was nicht der eigenen Stammwählerschaft entstammt oder in irgendwelchen neutralen Organisationen tätig ist, automatisch mit Neo-Nazismus. "s können nicht alle Staatsbürger christliche Demokraten oder Sozialisten sein, aber feststeht, was sie nicht sein dürfen, nämlich Bazzenträger neo-nazistischen Gedankengutes. Ziehen wir daher einen klaren Trennungsstrich, greifen wir künftig dort energisch zu, wo es nötig ist, aber werfen wir nicht in einen Topf, was nicht in einem Topf sein will, weil wir sonst selbst groteskerweise die unfreiwilligen Organisatoren einer gegen uns gerichteten politischen Kraft würden, die heute keine ist.

Der Rechtsstaat kennt gleichberechtigte Staatsbürger; daher gab es Amnestien, Vereinszulassungen, Vermögensrückgaben, letztlich die Einbeziehung der ehemaligen Nationalsozialisten in die demokratische Gemeinschaft. Wir pardonierte Menschen, aber wir akzeptierten nicht das Geschichtsbild der nationalsozialistischen Vergangenheit. Seien wir uns überhaupt bewusst, dass sämtliche Geschichtsbilder der Vergangenheit, die durch Jahrzehnte, ja Jahrhunderte im deutschsprachigen Raum politische Formkraft hatten, im Atomzeitalter zur Irrealität geworden sind; selbst dann, wenn sie da und dort in einem verwirrten Geist noch herumspuken mögen. In unserer Zeit, in der die Kontinente zu politischen Begriffen wurden, die politische Welt in Ost und West zerfällt, ist die Vergangenheit ein Traum, vielleicht ein Märchen, sind grossdeutsche, kleindeutsche, grossösterreichische Geschichtsbilder keine politische Wirklichkeit, sondern nur mehr Gegenstand historischer Betrachtungen. Damit haftet auch der Auseinandersetzung, ob wir Österreicher denn Deutsche oder eine eigene österreichische Nation seien, etwas Wesentliches, Gespensterhaftes an. Wir Österreicher fühlen uns bewusst als Staatsvolk, dessen Mehrheit deutscher Zunge ein ethnischer, kultureller, historischer, auf keinen Fall jedoch ein politischer Begriff ist.

Mit seiner Entschließung vom 31. März 1965 hat der Nationalrat eine Tat gesetzt und den notwendigen Trennungsstrich gezogen. Er wünscht von der Regierung die Unterbindung alles dessen, was Österreichs Eigenstaatlichkeit, Ansehen und demokratische Lebensform gefährden könnte.

Ich kann mir nicht denken, dass bei dieser Beschlussfassung etwa die ÖVP-Abgeordneten dabei nur den SPÖ-Innenminister meinten und die SPÖ-Abgeordneten nur den ÖVP-Unterrichtsminister; ich bin vielmehr davon überzeugt, dass die demokratischen Abgeordneten dieses Hauses künftig Unterlassungen vermieden und Handlungen gesetzt haben wollen, egal, welcher Minister hiefür

zuständig ist. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass die FPÖ-Abgeordneten sich deshalb der Zustimmung zur Resolution entzogen, weil sie die Mehrheit ihrer Wähler noch immer einem alten Geschichtsbild verpflichtet glauben.

Die Schlussfolgerungen aus all dem Gesagten ergeben sich von selbst. Wir Abgeordnete und Politiker sind zwar nicht die engstirnigen Sesselkleber, Streithähne und Dummköpfe, wie des öfteren gelesen werden kann; aber vielleicht waren wir wirklich da und dort betriebsblind, haben wir gefehlt durch Duldung und Unterlassung, haben mit Rücksichtnahme auf bevorstehende Wahlen uns gescheut, schwierige Probleme anzufassen. Vielleicht hat insbesondere die Tatsache, dass die Koalitionsparteien über die Ereignisse des Jahres 1934 keine einheitliche Auffassung besitzen, dazu beigetragen, dass die Lehrer in den Schulen die jüngste Zeitgeschichte mieden. Versuchen wir hier gründliche Abhilfe zu schaffen; ringen wir um ein objektives Verhältnis zur Vergangenheit; beschwören wir nicht Bürgerkriegsgespenster; verlangen wir von allen Organisationen geistige Trennungsstriche zu Traditionen, die nicht österreichische sind; schweigen wir nicht vor Wahlen, auch wenn gesprochen und gehandelt werden müsste; und nicht zuletzt, vergessen wir niemals, dass es Kräfte gibt, die eine Radikalisierung des innenpolitischen Klimas brauchen.

Wenn wir Politiker Selbstkritik üben, wollen wir auch die Manager der Massenmedien eindringlich bitten, ihr Verhalten vor dem Fernsehschirm, in Rundfunk und Presse ebenso selbstkritisch zu überprüfen. Eine unerfahrene Jugend liest Zeitungen, hört Radio, sitzt vor dem Fernsehschirm; oftmals ist sie verwirrt, enttäuscht, entsetzt, weil ihr die Schulung und Voraussetzung fehlt, die dort gehörte und gelesene scharfe, ätzende Kritik auf ihr wahres Mass zurückzuführen. Eine entidealisierte Jugend aber ist anfällig für radikalen Seelenfang, denn nur im seelischen Leerraum nisten die Bazillen totalitärer Ideologien.

Wenn wir alle insgesamt in diesem Geiste an die Arbeit gehen, dann werden wir so wie in der Vergangenheit auch künftig alle Schwierigkeiten überwinden. Dieses Land und seine Menschen sind beseelt von einer tiefen Kraft. Wir alle lieben diesen Staat in seiner Vielfalt der Bundesländer vom Bodensee bis Burgenland. Wer ist nicht stolz in Wien auf die Schönheiten und den Reichtum dieser Länder? Wer wüsste in Wien nicht, dass es allein nicht Österreich ist; und wer in den Ländern wüsste nicht in seinem Herzen,

auch wenn seine Lippen den Wiener Zentralismus kritisieren, dass Österreich nicht wäre, was es ist, ohne seine in aller Welt berühmte Bundeshauptstadt Wien.

In diesem Saal sind als unsere Gäste die ausländischen Botschafter und Gesandten anwesend. Lassen Sie mich ein kurzes Wort an diese richten. Exzellenzen! Wenn wir Österreicher nörgeln, kritisieren, sogar manchmal das eigene Land vor dem Auge des Ausländers herabzusetzen scheinen, ziehen Sie trotz manchen Feldgeschreis der letzten Wochen keine falschen Schlüsse!

Unser Herz kennt nur eine Liebe, unsere Lippen flüstern nur ein Gebet: Wir lieben Dich, Vaterland, Österreich! (Anhaltender Beifall.)

Beifälle und Korrekturen:

Wir bitten, auf den vorausgehenden Bogen unserer Ausgabe/ folgenden 11. Stellen Beifall zu verzeichnen:

Bogen C: Ende des 1. und 2. Absatzes (nach: Jugend Ihnen. - Republik.).

Bogen E: Zeile 6 nach "gutes." - Zeile 15: nach "Vergangenheit."

Bogen F: am Beginn der Seite nach "zuständig ist."

Ausserdem wäre auf Bogen E in der 12. Zeile von unten das Wort "Wesenloses" durch "Unwirkliches" zu ersetzen.

Auf Bogen B ist in der 17. Zeile von unten ein Wort einzufügen:

"Richtschnur für unsere künftigen politischen Aktivitäten." - In der 7. Zeile von unten sind die Worte "mehr als" durch "damals" zu ersetzen.
